

VII. Entscheidung für den Westen: Professor für Neuere Geschichte in München (1950–1972)

Frühmorgens am 5. Mai, einem Freitag, wurde ich in München gleich von zwei Abgesandten begrüßt, von Marianne Fischer¹ für den Kösel-Verlag und vom Fahrer von Gerhard Kroll. Beide brachten bares Geld mit, damit ich sofort mich in München bewegen könnte. Ich folgte der Einladung ins Institut und ließ mich dann gleich weiter zur Technischen Hochschule fahren, um der Fakultät meine Ankunft zu melden. Es war gut so, denn an den beiden nächsten Tagen, Samstag und Sonntag, hätte ich verschlossene Türen vorgefunden. Ich traf den Dekan der Allgemeinwissenschaftlichen Fakultät, Professor Goldschmidt², zusammen mit Professor Hieber.³ Beide waren erfreut, daß ich da sei, und wünschten gleich, daß ich bald mit meiner ersten Vorlesung beginnen möchte, da das Sommersemester eben angefangen habe. Noch vorher hatte ich die Depesche aufgegeben, die meine Ankunft nach Leipzig mitteilte.

Ich habe die erste Vorlesung in der Tat baldmöglichst begonnen. Eine einzige Studentin hatte sich im Hörsaal eingefunden, dazu aber einige Hörer aus dem Kösel-Verlag und den Mitarbeitern des Instituts. Sie halfen mir über den schwierigen Anfang hinweg, so daß ich meine Vorträge den Sommer über durchführen konnte. Aber es gab noch viele Hindernisse, denn nunmehr erst bekam ich es mit der bayerischen Bürokratie zu tun.

Die Hochschulkasse zahlte mir im voraus ein Monatsgehalt, aber meine Verhandlungen mit dem Kultusministerium zogen sich über weit mehr als einen Monat hin. Der Ministerialrat, der meine Sache zu bearbeiten hatte, hielt mir vor, daß ich schon 61 Jahre alt sei und beamtenrechtlich nicht über 58 hätte sein dürfen. Wenn man mich 1948, als die Fakultät bei mir anfragte, gleich berufen hätte, wäre es auch schon zu spät gewesen. Das Kultusministerium konnte nicht willkürlich handeln, es bedurfte der Zustimmung des Finanzministeriums. Es mußte also ein Ausweg gefunden werden. Für einen Lehrauftrag, den man mir vorläufig erteilte, spielte das Lebensalter keine Rolle, aber für die Ernennung zum Professor um so mehr. Man mußte eine Sonderregelung für meine späteren Ruhestandsbezüge finden. Darüber verging der ganze Sommer. Auch Minister Hundhammer persönlich scheint gezögert zu haben. Hier muß ich das Verdienst von Kroll hervorheben, der schließlich – es war inzwischen September geworden, – zu ihm sagte: „Alois, nun unterschreib aber endlich mal die Berufung von Buchheim.“ Da entschloß sich Hundhammer und

¹ Marianne Fischer (geb. 1921), Sekretärin von Heinz Wild.

² Stefan Goldschmidt (1889–1971), Professor der Chemie, Direktor des organisch-chemischen Instituts München.

³ Walter Hieber (1895–1976), 1925 Professor für Chemie in Jena, 1926 in Heidelberg, 1932 in Stuttgart, 1935–1964 an der TH München.

unterschrieb. Die Urkunde vom 29. September 1950 verlieh mir den Rang und „alle Rechte und Pflichten eines außerordentlichen Professors in der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften an der Technischen Hochschule München“. Am 10. Oktober wurde ich vereidigt, aber die Ernennungsurkunde wurde mir erst am 18. von Magnifizenz Piloty⁴ persönlich überreicht. Er empfing mich sehr liebenswürdig und gratulierte mir mit den Worten: „Da haben Sie sehr viel erreicht.“ Auch diese Äußerung beweist, daß allerlei Schwierigkeiten zu überwinden gewesen waren.

Ich war in der Tat einen weiten Weg gegangen vom Studienrat in Freiberg bis zum Professor in München. Die politischen Verhältnisse hatten es verhindert, daß ich das Ziel in Leipzig erreichte. Aber es war noch besser für mich, daß ich in München ankam. Ich wollte in Bayern nicht wieder in die Politik eingreifen. Ich sah meine Aufgabe jetzt darin, als Historiker für die Revision des deutschen Geschichtsbildes einzutreten. Dafür brauchte ich den Rang eines Professors unbedingt, denn ich mußte, um Beachtung zu finden, der Zunft der Historiker angehören. Das war unter deutschen Verhältnissen unerlässlich. Das zeigten mir sehr bald meine Erfahrungen im Institut für Zeitgeschichte. Das Institut war Abhängigkeiten ausgeliefert, die mich unfrei gemacht hätten. Als Professor war ich allen Fachgenossen gegenüber gleichrangig und an der Technischen Hochschule für alle meine Pläne und Arbeiten sogar besonders frei, weil ich nicht mit Verwaltungs- und Prüfungsverpflichtungen belastet war. Die Geschichte war an der Hochschule kein Prüfungs-, sondern nur ein Kulturfach. Die Studenten waren zwar verpflichtet, eine gewisse Anzahl von Vorlesungsstunden für ihre allgemeine Bildung zu belegen, aber sie wollten bei mir kein Examen machen. Sie konnten freilich nicht gezwungen werden, die belegten Bildungskollegs auch zu besuchen. Ich mußte also Themen behandeln, die die Hörer persönlich interessierten. Aber ich traute mir zu, daß dies auf die Dauer schon gelingen würde. Dafür hatte diese Art von Lehramt den großen Vorteil, daß mir die meiste Zeit für eigene Forschungen und Veröffentlichungen übrigblieb. Diese zu pflegen, wollte ich als meine Hauptaufgabe betrachten und mich dadurch in der Öffentlichkeit durchsetzen. Nach dem Wohlwollen oder Mißvergnügen der Fachgenossen brauchte ich in meiner neuen Stellung nicht viel zu fragen.

Im Sommer 1950, ehe die Ernennung zum Professor kam, arbeitete ich fast ausschließlich im Institut. Kroll wußte immer wieder etwas Geld für seine Erhaltung aufzutreiben, aber die Zukunft war ganz unsicher.⁵ Im übrigen galt es, die Ankunft meiner Frau vorzubereiten, indem ich uns möglichst eine Wohnung verschaffte. Mit Hilfe von Heinz und Irmgard Wild und des Kösel-Verlags gelang das besser, als ich gehofft hatte. In einem großen Eckhaus der Äußeren Wiener Straße, das im Kriege halb zerstört worden war, wurden neue Wohnungen erstellt. Eine davon konnte ich mir schon im Juni sichern. Es war

⁴ Hans Piloty (1894–1969), Dipl.-Ing., Dr.-Ing., 1931 Professor an der TH München.

⁵ Vgl. Auerbach, Gründung, S. 538–549.

eigentlich nur eine Zweizimmerwohnung, aber es ließen sich drei Zimmer daraus machen: eins für mich, eins für Hanna und ein gemeinsames Schlafzimmer. Ein langer Korridor bot Raum, um meine Bücher aufzustellen. So griff ich rasch zu. 2000 DM Bauzuschuß, die die Hauseigentümerin verlangte, ließ mir der Kösel-Verlag. Die Schuld drückte mich nicht, ich konnte sie bald zurückzahlen. Den schwierigen Umzug aus Leipzig zu bewerkstelligen, war eine Aufgabe, die Hanna allein bewältigen mußte. Zwei Güterwagen der Eisenbahn waren nötig, um unser bewegliches Eigentum über die Grenze zu bringen. Am 29. August erhielt ich aus Gutenfürst ein Telegramm des Leipziger Pakkers, der Hanna bis dahin begleitet hatte, das mir die Abfahrtszeit von dort meldete. Welchen Anschluß sie in Hof erreichte, konnte ich nur vermuten, weil keine Fahrplanauskunft darüber zu erhalten war. Ich vermutete aber richtig: gegen 11 Uhr abends konnte ich meine Frau auf dem Bahnsteig in Empfang nehmen. Wir konnten im Bahnhofsrestaurant gerade noch eine Tasse Kaffee vor Torschluß bekommen. Hanna war erschöpft, konnte sich aber nach ruhiger Nacht in meinem Zimmer am nächsten Tage erholen. Ich zeigte ihr die Technische Hochschule, den Englischen Garten, das Institut und unsre neue, noch leere, aber schön gesäuberte Wohnung. Am 31. August meldete der Spediteur das Eintreffen unsrer Möbel. Pünktlich zum Anfang des neuen Monats konnten wir mit dem Einräumen beginnen. Ich behielt noch bis zur Monatsmitte mein Zimmer in der Schellingstraße. Dann waren wir in der Äußeren Wiener Straße einigermaßen eingerichtet.

Über meine Stimmung und Lage in den nächsten Monaten will ich ausnahmsweise eine Notiz dem Tagebuch entnehmen, weil ich es heute nicht treffender ausdrücken könnte:

22. November 1950: Der Tag der heiligen Caecilia. Es sind 35 Jahre her, seit ich an der französischen Front verwundet wurde, und 17 Jahre, seit ich den Entschluß faßte, aus dem Schuldienst in Freiberg auszuschcheiden. Der Weg hat mich nun auf ein Hochschulkatheder in München geführt. Im Weihnachtskatalog des Kösel-Verlags steht mein Name ehrenvoll mit einem Bild dabei neben Guardini. Für die Stellung des Chefs des Instituts für Zeitgeschichte bin ich der Kandidat Bayerns.⁶ Ich weiß aber nicht, ob ich mir diesen Posten wünschen soll. Ich würde lieber ganz für mich arbeiten. Immerhin ist er bis auf diesen Tag ein Weg. Heute kam die Nachricht, daß Hans sein Doktor-examen bestanden hat. Mein Wunsch ist, noch zwanzig Jahre gesund zu bleiben, um das Eigentliche meiner Lebensarbeit zu schaffen. Seit vielen Jahren trage ich diesen Wunsch im Herzen. Schon bisher hat mich Gott geführt. Sollte er mir nicht auch das erfüllen? Sancta Caecilia, virgo ornata, ora pro me!⁷

Hans kam im nächsten Monat nach München. Er wollte nicht länger in Heidelberg bleiben, weil sein gutes Verhältnis zu seinem Lehrer Schaefer gestört wor-

⁶ Vgl. ebd., S. 553.

⁷ IfZ-Archiv, ED 406 (NL Buchheim), Tagebuch 1950–1956, S. 9.

den war. Er bat mich, ihm eine Honorararbeit im Institut zu verschaffen. Er war bisher Althistoriker gewesen, wollte aber jetzt lieber zur neuen Zeitgeschichte übergehen. Einstweilen konnte er die gewünschte Arbeit erhalten.⁸

Aber wie stand es um meine eigene Stellung im Institut? Die Tagebuchnotiz zeigt, daß mir Zweifel gekommen waren, ob die Stellung des Generalsekretärs noch wünschenswert sei.

In der ersten Oktoberhälfte 1950, als Hanna eben mit der Einrichtung unserer neuen Münchner Wohnung fertig geworden war, besuchte uns Professor Bergsträßer. Er wußte allerlei Interessantes über das Institut für Zeitgeschichte, das ihn auch selber stark interessierte, zu erzählen. In Bonner Regierungskreisen sei man dem Institut sehr abgeneigt, weil man in diesem Sinne von Gerhard Ritter beeinflußt sei. Ritter sei der Meinung, daß Kroll ausgeschaltet werden müßte, weil er gar kein historischer Fachmann sei. Er sei aber auch „stinkwütend“ auf mich, weil ich in seinen Augen ein simpler „Studienrat“ sei, der gar nicht die normale Laufbahn eines zünftigen Universitätshistorikers durchgemacht habe und noch dazu plötzlich aus der Ostzone hereingeschneit sei. Er fand es skandalös, daß ich es „verstanden“ habe, Geschichtspräsident in München zu werden. Daß ich auch noch Generalsekretär des Instituts werde, müsse die Bundesregierung unbedingt verhindern.

Die Bundesregierung hatte ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Daß das Institut überhaupt schon bestand, war ausschließlich der persönlichen Initiative Krolls zu verdanken. Er hatte bayerische Staatsgelder dafür lockergemacht, aber Bayern wollte die Last nicht allein tragen. Es wünschte die finanzielle Beteiligung anderer Bundesländer und vor allem möglichst des Bundes selber. Von Hessen waren bereits gewisse Zuschüsse eingegangen. Daher war Bergsträßer, der in Darmstadt wohnte, über die Lage gut unterrichtet. Mit der Bundesregierung standen Verhandlungen bevor. Sie sollten von dem Bonner Staatssekretär Walter Strauß⁹ und dem bayerischen Staatssekretär Dieter Sattler geführt werden. Strauß war, wie alle beteiligten Bearbeiter in Bonn, auf die stärkste von Gerhard Ritter voreingenommen.

Mir war Ritters Machtstreben schon 1949 beim Münchner Historikertag stark aufgefallen. Er wollte den Zeitpunkt nach dem Zusammenbruch des „Großdeutschen“ Reiches wahrnehmen, um das Geschichtsbewußtsein, das sich nun neu orientieren mußte, maßgeblich zu bestimmen.¹⁰ Daß gerade er

⁸ Das Thema der Arbeit lautete: „Die Pläne zur Errichtung einer Nationalkirche in Deutschland unter dem Nationalsozialismus“. Abgabetermin war der 31.12.1951.

⁹ Walter Strauß (1900–1976), Jurist und Politiker, 1928–1935 Referent im Reichswirtschaftsministerium, Mitbegründer der CDU in Berlin, 1946/1947 Staatssekretär im Hessischen Justizministerium, 1948/1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, 1963–1970 Richter am Europäischen Gerichtshof.

¹⁰ Vgl. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989; Udo Wengst, *Geschichtswissenschaft und „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland nach 1945 und nach 1989/90*, in: *GWU* 46 (1995), S. 189–205.

dafür der richtige Mann war, mußte ich für ausgeschlossen halten. Niemand führte lauter als er die Losung von der Notwendigkeit einer gründlichen Revision des deutschen Geschichtsbildes im Munde. Aber bei seiner ausgeprägt preußischen Grundgesinnung war mir klar, daß er den Pelz zwar zu waschen, aber möglichst wenig dabei naß zu machen wünschte.

Er konnte Nutzen ziehen aus der Tatsache, daß er im Zusammenhang der Untersuchungen nach dem Goerdeler-Putsch in Haft genommen war.¹¹ Aber ein echter Gegner Hitlers von Anfang an war er keineswegs gewesen. Er hielt 1938 nach der Gleichschaltung Österreichs einen Vortrag, in dem er die Vollendung der nationalen Einheit Deutschlands durch Hitler begrüßte. Diese Rede ist nicht veröffentlicht worden¹², aber die Einstellung Ritters ist noch erkennbar in einem der Beiträge in der von seinen Freunden herausgegebenen Festschrift zu seinem siebenzigsten Geburtstag.¹³

[...] ¹⁴

Ich spreche Ritter echte Verdienste um die deutsche Geschichtsforschung nicht ab. Aber daß er die Qualitäten nicht besaß, sich nach 1945 zum Wegweiser der historischen Wissenschaft aufzuwerfen, das steht fest, und daß sich Bonner Bürokraten gerade durch ihn beraten ließen, ist politisch unverzeihlich.

Gegen Jahresende 1950 stand im „Rheinischen Merkur“ ein Artikel des Chefredakteurs Otto Roegele¹⁵, der die zwiespältige Haltung Ritters in der nationalsozialistischen Zeit aufdeckte.¹⁶ Ritter hatte offensichtlich angenommen, daß dieser Artikel von mir inspiriert sei. In Wahrheit kannte ich Roegele damals noch gar nicht. Ich mußte mich überhaupt noch zurückhalten, weil ich ja mit der inneren Lage der Bundesrepublik noch wenig vertraut war. An Kroll hatte ich keine Stütze mehr, denn er hatte seinen Einfluß in der CSU immer mehr verloren. Bei der bayerischen Landtagswahl vom November 1950 hatte er nur einen ungünstigen Wahlkreis erhalten und war nicht wiedergewählt worden. Der Kultusminister Hundhammer hatte nicht viel Interesse am Institut für Zeitgeschichte. Bayern wollte die bisherigen Kosten nicht weiter tragen, son-

¹¹ Vgl. Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, hrsg. von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt, Boppard/Rh. 1984, S. 9–11.

¹² Der Vortrag wurde im Juni 1938 gehalten. Vgl. auch Schwabe/Reichardt, Ritter, S. 70 und S. 81/82.

¹³ Gerhard Ritter, Großdeutsch und Kleindeutsch im 19. Jahrhundert, in: ders., Lebendige Vergangenheit. Beiträge zur historisch-politischen Selbstbestimmung. Zum 70. Geburtstag des Verfassers herausgegeben von Freunden und Schülern, München 1958, S. 101–125. Die erste Ausgabe dieses Buches wurde nicht veröffentlicht, sondern 1944 eingestampft. Besagter Aufsatz ist für die neue Veröffentlichung von 1958 überarbeitet worden.

¹⁴ Auslassung: 1 1/2 Seiten. Über die preußisch bestimmte deutsche Geschichtsschreibung.

¹⁵ Otto B. Roegele (geb. 1920), seit 1950 Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“.

¹⁶ Otto B. Roegele, Gerhard Ritter und die Geschichtsrevision, in: Rheinischer Merkur, 16. 12. 1950, S. 3.

dern einen möglichst großen Teil auf den Bund abwälzen. Der Staatssekretär Sattler, der mit der Institutsangelegenheit betraut war, war kein starker Verhandlungspartner. Staatssekretär Strauß aus Bonn war ihm überlegen.

Am 5. Januar 1951 wurde im Institut über die Ernennung des Generalsekretärs verhandelt.¹⁷ Ritters Ziel war, das Institut von Freiburg aus fernzusteuern. Das glaubte er durch Dr. Michael Freund¹⁸ zu erreichen, den er vorgeschlagen hatte. Wie weit dieser dann wirklich nach Ritters Wünschen regiert hätte, weiß ich nicht. Er wurde später Professor in Kiel, und ich habe ihn als einen der Historiker kennengelernt, die glaubten, gegenüber dem Marxismus einen Nachholbedarf decken müssen. Er berief sich in Reden und Schriften immer so oft auf Karl Marx, als ob dieser ein Deuter der Geschichte wie kein anderer gewesen wäre. Ich galt als der Kandidat Bayerns. Es hatten sich außerdem noch mehrere freie Bewerber um den Posten gemeldet, unter ihnen mein früherer Leipziger Parteifreund Hermann Mau. Er war schon vor 1945 Privatdozent für Geschichte in Leipzig gewesen. Später geriet er gleich mir in die Klauen der GPU und zog es vor, sich ihr durch Flucht zu entziehen. Es glückte ihm aber nicht, in der Philosophischen Fakultät in München wieder als Dozent zugelassen zu werden. Er übernahm die Leitung eines Studentenwohnheims.¹⁹ Beim Historikertag von 1949 sah ich ihn wieder. Vom Institut erfuhr er erst nachträglich [von meiner Kandidatur] und entschuldigte sich bei mir, es sei nicht seine Absicht gewesen, mir in die Quere zu kommen. Darüber beruhigte ich ihn, da ich ja als Professor an der Technischen Hochschule auf meine Stellung im Institut nicht angewiesen sei. Mau war der gegebene Kompromißkandidat. Auf ihn konnten sich Strauß und Sattler einigen. Ich aber konnte Mau den Posten gönnen, der ihn aus materiellen Sorgen befreite.

Es wurde vereinbart, daß Mau die Institutsleitung am 1. Februar 1951 übernahm. Bevor er kam, wurde eine Abschiedsfeier für Kroll veranstaltet, die sehr gemütlich und harmonisch verlief. Mau machte aus dem Institut einen möglichst neutralen wissenschaftlichen Apparat zur Sammlung und Auswertung von Dokumenten und Büchern über die nationalsozialistische Zeit. Dabei wurden auch Erlebnisberichte ehemaliger Nationalsozialisten gesammelt, die zu Aussprachen ins Institut eingeladen wurden.²⁰ Solche Gespräche habe ich selber öfters geführt und konnte dabei manche interessante Einzelheiten erfahren. Mau trennte sich von mehreren bisherigen Mitarbeitern, deren wissenschaftliche Qualitäten er bezweifelte. Er trennte Bibliothek und Archiv.

¹⁷ IfZ-Archiv, ED 105, Kuratorium, Protokolle 1949–1961: Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Kuratoriums und des Beirats des Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit am 5.1.1951. Vgl. auch Auerbach, Gründung, S. 553.

¹⁸ Michael Freund (1902–1972), 1951 Professor für Wissenschaft und Geschichte der Politik in Kiel.

¹⁹ Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Erinnerung an Hermann Mau, in: 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte, München 1975, S. 22–24, hier S. 23.

²⁰ Diese Aufzeichnungen sind unter der Signatur ZS für Zeugenschrifttum eine Bestandsgruppe des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Für das letzte behielt er den bisherigen Archivar Dr. Anton Hoch²¹; für die Bibliothek berief er Dr. Thilo Vogelsang.²² Beide erfüllten ihre Aufgaben ausgezeichnet. Unter den anderen Mitarbeitern stellte er auch meinen Sohn Hans ein, der bisher nur eine Honorararbeit erhalten hatte.²³ Natürlich wurde diese Maßregel von Außenstehenden mit Mißvergnügen beanstandet. Es hieß, ich hätte es „verstanden“, nicht nur mich im Institut einzunisten, sondern auch noch meinen Sohn hineinzuholen. In Wirklichkeit habe ich auf diese Anstellung nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Mau selber besaß Urteilskraft genug, um brauchbare Leute zu engagieren. Hans war zwar studierter Althistoriker, aber die historische Methode hatte er natürlich ebenso gelernt. Mau erkannte das und trug ihm selbst die Anstellung an. Ein Verdienst von Mau war es auch noch, daß er die Herausgabe einer Zeitschrift des Instituts betrieb und zustande brachte. Das waren die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, die seitdem ununterbrochen erschienen sind.²⁴ Er selber erlebte sie leider nicht mehr. Denn er verunglückte am 25. Oktober 1952 bei einer Dienstreise auf der Autobahn bei Pforzheim im Alter von nur ungefähr 40 Jahren. Ich habe ihn aufrichtig betrauert.

Auch er geriet unvermeidlich in Konflikt mit Gerhard Ritter, weil er weitere Versuche, in die Institutsangelegenheiten hineinzureden, zurückweisen mußte. Um so besser verstand er meine eigene Haltung. Er bat mich, ihn regelmäßig zu vertreten, wenn er abwesend war. Ich habe diese Stellvertretung mehrfach ausgeübt; im Sommer 1951 vier oder fünf Wochen lang. Da wurde er nämlich von den Amerikanern zu einem Studienbesuch in den Vereinigten Staaten eingeladen. Persönlich hatte er noch den Erfolg, daß er jetzt die *venia legendi* als Privatdozent an der Universität erhielt, die ihm früher vorenthalten worden war. Es war ja erwünscht, daß das Institut eine Personalverbindung zur Universität erhielt. Es war das Verdienst von Professor Franz Schnabel, daß die Philosophische Fakultät das Zugeständnis machte. Schnabel war es auch, der dem Verunglückten eine herzliche Grabrede hielt.²⁵ Er war ja auch mir immer gern entgegengekommen.

Ich selbst hatte, als der Unglücksfall eintrat, das Institut gerade verlassen. Sonst hätte ich die Stellvertretung gerade jetzt wieder übernehmen müssen, während sie so an Dr. Krausnick²⁶ fiel. Ich war schon 1951 entschlossen, nicht mehr lange im Institut zu bleiben. Denn mir fielen in Fülle andere Arbeiten

²¹ Anton Hoch (1914–1981), 1949–1951 Leiter der Bibliothek, 1949–1978 Leiter des Archivs.

²² Thilo Vogelsang (1919–1978), 1951 Leiter der Bibliothek, 1972 stellvertretender Direktor.

²³ Die Anstellung erfolgte zum 1.4.1953.

²⁴ Im Januar 1953 erschien das erste Heft, herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg.

²⁵ Am 30.10.1952 wurde Mau beerdigt.

²⁶ Helmut Krausnick (1905–1990), 1951 Eintritt ins Institut für Zeitgeschichte, 1959–1972 Direktor.

zu, und es war mir auch bekannt, daß die Technische Hochschule wünschte, daß ich mich meinem Lehramt allein widmete. Im August und September 1951 verband ich mit meiner Reise in die Schweiz einen mehrtägigen Studienaufenthalt in Zürich, weil es dort im Stadtarchiv Akten geben sollte über ausländische Geldzuwendungen an Hitler. Das Ergebnis war nur mager. Es war schon das zweite Mal, daß ich nach langer Pause die Schweiz wieder betreten konnte, und der Reiseverkehr war schon wieder bedeutend erleichtert. Im Sommer 1951 hatte ich mir [eine] besondere Einreise- und Aufenthaltserlaubnis verschaffen müssen. Auch das offiziell erlaubte Reisegeld war zu wenig. Man konnte sich allerdings inoffiziell mehr mitnehmen. Mein erster Besuch in der Schweiz galt Interlaken, wo die Frau Krebs ein neues Hotel erworben hatte, dicht an der Aare an der Brücke nach Unterseen. Das alles war 1952 schon bedeutend erleichtert. Von da an nahm ich meine alljährlichen Schweizer Reisen wieder auf wie vor dem Hitlerkrieg und hatte eine große Freude daran.

Nach der Sommerreise von 1952 kehrte ich nur auf zwei Wochen noch einmal ins Institut zurück. Am 30. September verließ ich es. Man veranstaltete auch für mich und den General Hermann Foertsch²⁷, der gleichzeitig austrat, eine Abschiedsfeier. Keine vier Wochen später hatte Hermann Mau seinen Tod gefunden. Da ich das Institut schon verlassen hatte, behielten die beiden Jahre meiner Tätigkeit an diesem Orte für mich nur die Bedeutung einer Übergangszeit. Mein Sohn blieb viel länger Mitarbeiter; er kam später einmal sogar für die Übernahme der Leitung in Betracht. Dafür wollte man aber in Bonn auch ihn nicht haben. Staatssekretär Strauß blieb meinem Namen abgeneigt, und der Vorsitzende des Kuratoriums, Professor Rothfels²⁸ in Tübingen, war als Historiker ein Bismarckianer.

Auf meine praktisch-politische Haltung konnte das keinen Einfluß haben, denn die Deutschlandpolitik wurde nicht von Männern der Richtung Gerhard Ritters gemacht, sondern vom Bundeskanzler Adenauer.²⁹ Ich trat 1950 sofort der CSU in Bayern bei, behielt aber auch bis auf weiteres ein Parteitagsmandat der Exil-CDU. Dadurch kam ich in die Lage, gleich nach meiner Ernennung zum Professor im Oktober am Gründungsparteitag der Bundes-CDU in Goslar teilzunehmen.³⁰ Die CDU war eine neue Partei, sie stammte nicht wie die SPD aus dem Bismarck-Reiche. Für die CDU ist charakteristisch, daß sie

²⁷ Hermann Foertsch (1895–1961), Berufssoldat, 1945 Oberbefehlshaber der 1. Armee, Mitverfasser der Denkschrift für Konrad Adenauer „Gedanken zur äußeren Sicherheit der Bundesrepublik“ vom 7.8.1950 und der Himmeroder Denkschrift, 1.4.1951 Übernahme ins Angestelltenverhältnis im Institut für Zeitgeschichte.

²⁸ Hans Rothfels (1891–1976), 1926–1934 Professor für Geschichte in Königsberg, 1935 emigriert, 1946–1956 Professor in Chicago, 1951–1960 in Tübingen.

²⁹ Konrad Adenauer (1876–1967), 1917–1933 Oberbürgermeister von Köln, 1920–1933 Präsident des Preußischen Staatsrates, 1948/1949 Präsident des Parlamentarischen Rates, 1949–1963 Bundeskanzler, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU.

³⁰ 1. Bundesparteitag der CDU vom 20. bis 22.10.1950.

ganz auf bündischem Wege entstand. Bis zum Jahre 1950 gab es nur Landesverbände, von denen die CSU in Bayern einer war, der nur seinen Namen etwas verändert hatte. Die CSU blieb auch selbständig, als sich die übrigen Verbände in Goslar zu einem Bundesverband zusammatenen.

[...] ³¹

Von Goslar reiste ich nach Münster, wo mein Parteifreund Ruland am Verwaltungsgericht ein Richteramt erhalten hatte. Ihm war es im Sommer 1950 gelungen, mit seinem Hausrat nach Westberlin und von da gleichfalls nach Westdeutschland zu gelangen, wo die CDU-Regierung von Nordrhein-Westfalen ihm ausnahmsweise noch einmal eine Stellung verschaffte, obwohl er schon fast 76 Jahre alt war. Er bat dringend um meinen Besuch, um mit mir die politische Lage zu besprechen. Diese Lage war noch sehr ungesichert, weil es den Siegermächten nicht gelungen war, sich über einen Friedensvertrag mit Deutschland – und ebenso mit Österreich – zu einigen. Auch nach der Gründung der Bundesrepublik und der [Deutschen] Demokratischen Republik bestanden die vier Besatzungszonen noch weiter. Ruland hatte nicht nach Goslar kommen dürfen, weil die britische Besatzungsmacht Leuten im Richteramt jede aktive politische Betätigung untersagte. ³² Außenpolitisch erstrebten die Bonner Bundesregierung unter Adenauer, das französische Außenministerium unter Schuman ³³ und der italienische Ministerpräsident De Gasperi ³⁴, der von Haus aus ein Österreicher war (aus Trient), einen engeren Zusammenschluß des westlichen Europa. ³⁵ Das bedeutete eine Wiederaufnahme der alten bündischen Reichspolitik im „Abendland“.

Daraus ergab sich für Deutschland eine Spannung zur Politik der nationalen „Wiedervereinigung“, die ohne die Sowjetunion nicht möglich war. Es ging daher bei uns um die Frage, welche Politik den Vorzug verdiene, die „nationale“ oder die europäische. Adenauer war „Europäer“; die Sozialdemokraten unter Schumacher ³⁶ wollten ebenso wie die Anhänger Kaisers in der CDU vor allem national sein. ³⁷ Ruland und ich waren eindeutig für Adenauer, weil wir an die

³¹ Auslassung: 1 1/2 Seiten. Über den politischen Gegensatz zwischen Konrad Adenauer und Kurt Schumacher.

³² Vgl. Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985, S. 217–220.

³³ Robert Schuman (1886–1963), 1947–1948 französischer Ministerpräsident, 1948–1953 Außenminister, 1955–1956 Justizminister, 1958–1960 Präsident des Europäischen Parlaments.

³⁴ Alcide De Gasperi (1881–1954), 1945–1953 italienischer Ministerpräsident, 1944–1946 und 1951–1953 Außenminister.

³⁵ Anspielung auf den Schuman-Plan.

³⁶ Kurt Schumacher (1895–1952), 1924–1931 MdL Württemberg (SPD), 1930–1933 MdR, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1952 MdB, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD.

³⁷ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2. Aufl. Stuttgart 1980, S. 299–344, S. 467–479 und S. 483–564.

Möglichkeit einer Wiedervereinigung „in Freiheit“ nicht mehr glauben konnten. Ich habe mich deswegen in München der „Abendländischen Aktion“³⁸ angeschlossen, die Gerhard Kroll nach seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag begründete. Ich habe daher auch an der neuen Zeitschrift „Neues Abendland“³⁹ lebhaft mitgearbeitet, obwohl mich ein gewisser undemokratischer Einschlag bei Kroll etwas bedenklich machte. Kroll und manche anderen „Abendländer“ wollten die „Formaldemokratie“ der Weimarer Republik vermeiden, weil sie glaubten, daß der Weimarer Staat an der „Parteiwirtschaft“ zugrunde gegangen sei. Er ist in Wahrheit daran zerbrochen, daß man die Spielregeln der Weimarer Verfassung absichtlich sabotierte. Eine parlamentarische Demokratie kann, wenn man will, auch funktionieren, wie sich ja inzwischen in der Bundesrepublik gezeigt hat. Der Unterschied der innerpolitischen Lage von 1950 gegenüber der von 1920 bestand darin, daß es in der Bundesrepublik keine wesentlichen politischen Strömungen mehr gab, die das Grundgesetz so unwirksam machen wollten wie einst die Weimarer Verfassung. Heute wissen wir, daß solche Strömungen, die „das System“ verändern wollen, wieder entstehen können. Aber sie haben bisher die Republik nicht so erschüttern können wie einst. Kroll war ein Politiker, der immer wieder die stärkste Initiative entwickelte; aber ihm fehlte die Zielklarheit, er verlor sich zu leicht an Utopien. Adenauer dagegen war ein Staatsmann, der seine Ziele zu verwirklichen verstand. Er erkannte auch rechtzeitig, was ihm nicht gelang, und wußte dann seine eigentlichen Ziele zurückzustellen, sie auch, wenn es sein mußte, zu verleugnen.

[. . .]⁴⁰

Im Verlaufe [der] innerdeutschen Entwicklung [in den frühen fünfziger Jahren] habe ich nach meinen bescheidenen Möglichkeiten die Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen gesucht. Ich habe unter diesem Gesichtspunkt häufig die Themen meiner Vorlesungen in der Technischen Hochschule ausgewählt.⁴¹ Allmählich füllte sich mein Hörsaal, der anfangs nur schwach besetzt war. Ich wurde unter den Studenten bekannt und

³⁸ Die am 25.8.1951 in München gegründete „Abendländische Aktion“ verfolgte das Ziel einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung auf christlich-abendländischer Grundlage. Vgl. Abendländische Aktion. Zur Gründung am 25.8.1951 in München, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 508–512.

³⁹ „Neues Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte.“ Erschien von 1946 bis 1958 in München. Ab 1951 war Gerhard Kroll der Herausgeber.

⁴⁰ Auslassung: 3 1/2 Seiten. Über Stalins Deutschlandpolitik, die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik und die Stalin-Note von 1952.

⁴¹ Buchheim hielt unter anderem Vorlesungen mit den Themen „Geistige Bewegung und politische Wirklichkeit im 19. und 20. Jahrhundert“, „Grundlinien deutscher Geschichte 1848–1945“, „Grundzüge der Soziologie“, „Geschichte der politischen Parteien“, „Deutsche Wirtschaftsgeschichte“, „Über Republik und Monarchie“, „Die Einheit Deutschlands, Geschichte und Gegenwart“, „Bismarck, Stresemann und Adenauer. Stil und Ziele deutscher Außenpolitik“, „Die sowjetische und die westliche Deutschlandpolitik seit 1939“, „Vorgeschichte und Geschichte des Dritten Reiches“.

konnte auch manche Techniker für historische Fragen interessieren. Für die breitere Öffentlichkeit schrieb ich einige Bücher. Als erstes erschien 1951 eine „Leidensgeschichte des zivilen Geistes“⁴², die zeigen wollte, daß es der Demokratie in Deutschland nicht leicht geworden ist, sich gegen die Hegemonie des preußischen Militärstaates durchzusetzen. Der Zusammenbruch von 1918 genügte noch nicht, um den Haß gegen den Parlamentarismus und die schwarzrotgoldene Fahne zu überwinden. Erst die Niederlage Hitlers hat dem verblendeten Bürgertum die Augen geöffnet. Andererseits ist es aber nicht richtig, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft den militaristischen Ungeist besiegt habe. Gerade die Sozialdemokratie hat es versäumt, sich eindeutig zur Weimarer Republik zu bekennen, wie es nötig gewesen wäre, um sie zu erhalten. Die verhängnisvolle Losung: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist unser Ziel“⁴³ hat viel Schaden angerichtet. Wohin der „Sozialismus“ führt, hat sich in Rußland gezeigt. Friedrich Ebert, der sozialdemokratische erste Präsident der Weimarer Republik, hatte recht mit seinem charakteristischen Bekenntnis: „Ich hasse die soziale Revolution“.⁴⁴ Er wußte, daß sie zur Diktatur und damit erst recht zum Tod der Demokratie führen mußte. Es wird die Aufgabe der zweiten Republik von heute sein, die „Systemveränderer“ abzuwehren, die auch heute wieder aufgetreten sind. Ein „sozialistisches Europa“ würde kein Reich der Freiheit werden, denn die politische Wirklichkeit zeigt, daß sozialistische Kommandowirtschaft kein Prinzip der Freiheit sein kann. Ich habe fünf Jahre aktive Politik in der Sowjetzone mitgemacht und kann kein einiges Deutschland und kein Europa wünschen, das von Ostberlin aus regiert würde.

Ein wesentliches Verdienst am Sieg der Demokratie in Deutschland haben auch die christlichen Parteien; und es muß ein christliches Europa geschaffen werden, wenn die politische Freiheit gesichert werden soll. Meine „Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland“⁴⁵ von 1953 zeigt, daß der zivile

⁴² Leidensgeschichte des zivilen Geistes oder die Demokratie in Deutschland, München 1951 (2. Aufl. 1964 unter dem Titel: Militarismus und ziviler Geist. Die Demokratie in Deutschland).

⁴³ „Republik das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel“: Parole der Sozialistischen Arbeiterjugend. Nachgewiesen als Text eines Transparentes auf dem Nordwestdeutschen Jugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend am 20. und 21. April 1930 in Lüneburg. Auskunft des Archivs der Arbeiterjugend in Oer-Erkenschwick. Betreffende Abbildung ist veröffentlicht auf der Titelseite des Buches von Reinhard Lüpke, Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919–1931, Marburg 1984. Ein Hinweis auf diese Parole findet sich auch in Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 44.

⁴⁴ Auf die Frage des Reichskanzlers Prinz Max von Baden am 7.11.1918, ob er zur Abwehr der sozialen Revolution auf die Unterstützung Eberts rechnen könne, wenn der Kaiser abdankte, antwortete Ebert: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ich hasse sie wie die Sünde.“ (Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, neu herausgegeben von Golo Mann und Andreas Burckhardt, Stuttgart 1968, S. 567).

⁴⁵ Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953.

Geist auch in der christlichen Parteipolitik des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts lebendig gewesen ist. Das Buch berücksichtigt sowohl den evangelischen wie den katholischen Volksteil, behandelt die evangelische Bewegung sogar vielleicht etwas stärker, als ihr wirkliches Gewicht verdient. Das Ziel einer parteipolitischen „Union“ beider Konfessionen wurde 1945 beinahe wie von selber erreicht. Die Zeit dafür war überreif geworden, nicht nur in Deutschland, sondern auch in andern europäischen, besonders mitteleuropäischen Ländern. Grundgesetz und politische Praxis der Bundesrepublik Deutschland sind stark von der Union geprägt. Es hat zwanzig Jahre, bis 1969, gedauert, bis die Unionsregierung in Bonn von einer anders gefärbten abgelöst worden ist. Und auch in der Opposition ist die Union immer stark genug geblieben, um das politische Gepräge unsres Staates im wesentlichen so zu erhalten, wie es in die Geschichte eingetreten ist.

Meine Geschichte der christlichen Parteien hat ziemlich weite Verbreitung gefunden, wozu übrigens auch offiziöse Unterstützung aus Bonn beigetragen hat. Die Leidensgeschichte des zivilen Geistes fand besonderen Beifall beim Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, Otto Roeggele, und begründete für mich langjährige gute Beziehungen zu dieser Zeitung. Von wissenschaftlicher Seite hat sie besonders Professor Bergsträßer lebhaft begrüßt.

Eine Sache für sich bedeutet nun aber das Schulgeschichtsbuch, das ich verfaßt habe⁴⁶ und das 1954 im Verlag Schwann in Düsseldorf erschienen ist. Es ist nicht aus meiner eigenen Initiative entstanden, sondern auf Anregung von Professor Hans Schaefer in Heidelberg, der im Winter 1950/51 die Herausgeberschaft für ein Geschichtswerk für höhere Schulen vom Verlag Schwann übernahm. Er bat mich dringend, den letzten Band für die Oberstufe zu schreiben. Das Werk führte den Gesamttitel „Erbe des Abendlands“; der Band, der von mir erwartet wurde, sollte die Zeit von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart umfassen und „Europa in der Welt“ heißen. Ich muß sagen, daß ich es fast als meine Pflicht betrachtete zuzugreifen, denn es schien mir geboten, die Geschichte der neuesten Zeit für die Erziehung der jungen Generation unsern geschichtlichen Erfahrungen gemäß neu zu gestalten.

Als nun aber das Geschichtsbuch „Europa in der Welt“ (Düsseldorf 1954) erschien, zeigte sich sehr bald, wie schlecht es um die Bereitschaft zu einer gründlichen Revision des Geschichtsbildes noch bestellt war. Die Herren Geschichtslehrer an den Höheren Schulen hätten ja schon aus dem Titel bemerken müssen, daß es sich um ein Buch handelte, das der aktuellen Politik der Integration der von der Sowjetherrschaft noch freien Länder Europas entsprechen wollte und das daher nicht von dem hergebrachten „nationalen“ Standpunkt aus geschrieben werden konnte. Die Herren hatten nur Augen dafür, daß an ihrem Idol Bismarck nunmehr auch Kritik geübt werden mußte, und

⁴⁶ Europa in der Welt, Düsseldorf 1954 (Erbe des Abendlandes. Lehrbuch der Geschichte für Höhere Schulen. Oberstufe T. 4).

nahmen pflichtschuldigt daran Anstoß. Was sonst in meinem Buche stand, interessierte sie kaum.

[...]⁴⁷

Es bleibt die Aufgabe zukünftiger Historiker, sich zu der gründlichen Kritik des deutschen 19. Jahrhunderts durchzuringen. Denn mit der Apologetik Bismarcks oder des nationalliberalen Bürgertums um jeden Preis ist es nicht getan. In diesen kursächsischen Aufzeichnungen hier befinden sich viele wohlbe-gründete Beiträge zu jener Kritik, die für mich eine Aufgabe meines Lebens war.

Ich habe dieser Aufgabe in vielen Vorträgen und auch auf meinem Katheder in der Münchner Technischen Hochschule gedient. Ich kann meiner Vorträge und zahlreichen Aufsätze in Zeitschriften wie „Hochland“, „Zeitwende“⁴⁸, „Dokumente“⁴⁹, in der CDU-offiziösen „Politisch-Sozialen Korrespondenz“⁵⁰ und im „Rheinischen Merkur“ hier nicht im einzelnen gedenken. Meine Vortragsreisen führten mich nordwärts bis nach Hamburg und Bremen, westwärts bis nach Saarbrücken und Aachen, ostwärts bis nach Wien und Graz, südwärts bis nach Brixen, Meran und Zürich, also ins ganze Siedlungsgebiet der Deutschen, soweit es nicht durch die russische Zwangsbesetzung abgeriegelt war. Meine Vorlesungen und Kolloquien an der Technischen Hochschule habe ich mehrere Jahre über meine Versetzung in den Ruhestand hinaus freiwillig fort-gesetzt.⁵¹

Meine amtliche „Entpflichtung“ als Professor vollzog sich unter etwas dra-matischen Umständen im September 1957. Bei der bayerischen Landtagswahl von 1954 war die CSU zwar die stärkste Partei geworden, gewann aber nicht die absolute Mehrheit.⁵² Diese Lage benutzten die übrigen Parteien, um die CSU auszuschalten zu dem Experiment einer Koalition, die jeder inneren Ein-heit ermangelte, bloß weil sie an die Regierung kommen wollten. Ein solches Verfahren ist zwar nicht verfassungswidrig, kommt aber doch auf ein künstli-ches Manipulieren hinaus, das dem guten parlamentarischen Brauche wenig entspricht und der auf solcher Grundlage gebildeten Regierung große Schwie-

⁴⁷ Auslassung: 10 Seiten. Inhaltsangabe von „Europa in der Welt“, Ausführungen über die Entwicklung in der DDR und die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod, über Adenauers Politik sowie über die Saar-Frage.

⁴⁸ Evangelische Kulturzeitschrift, die mit Ausnahme der Jahre 1942–1945 mit wechselnden Verlagsorten seit 1925 erscheint.

⁴⁹ „Dokumente. Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit.“ Erscheint seit 1945 mit wechselnden Verlagsorten.

⁵⁰ Erschien von 1952–1970 in Bonn und wurde herausgegeben von der Gemeinschaft für Christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung.

⁵¹ Buchheim hielt seine letzte Vorlesung im Wintersemester 1960/1961.

⁵² Bei der Landtagswahl am 28. 11. 1954 erhielt die CSU 38,3 %, die SPD 28,0 %, die BP 13,0 %, der BHE 10,2 % und die FDP 7,2 % der Stimmen. Vgl. Claus A. Fischer (Hrsg.), Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland in den Ländern und in den Kreisen 1946–1989, 1. Halbband Paderborn 1990, S. 225.

rigkeiten bereitet. [...] ⁵³ So ist auch die Viererkoalition in Bayern (SPD, FDP, Bayernpartei und BHE = Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) nach drei Jahren zerbrochen, weil der BHE zur CSU überging. ⁵⁴ Meine Versetzung in den Ruhestand fiel 1957 gerade in die Krise. Das sozialdemokratisch verwaltete Finanzministerium wollte meinen Vertrag mit Hundhammer von 1950, der meine Ruhestandsbezüge regelte, nicht anerkennen. Ich sollte schwer geschädigt werden und mußte mich daher zu einem energischen Protest entschließen, der vom Rektor der Technischen Hochschule unterstützt wurde. Die Sache hätte ans Verwaltungsgericht gehen müssen und hätte mir sicher sehr viel Ärger bereitet. Da wurde genau in diesem Augenblick die Koalitionsregierung gestürzt, und „die Macht“ fiel wieder an die CSU. Da gewann das Kultusministerium seinen Mut zurück, meinen Vertrag zu erfüllen. Ich bekam ganz unerwartet einen Anruf aus dem Ministerium: Man wolle mir meine Ansprüche bewilligen, wenn ich meinerseits den Protest zurücknähme. Dazu war ich natürlich bereit. Daß es eines Regierungswechsels in Bayern bedurfte und daß dieser Wechsel im richtigen Augenblick auch gerade eintrat, kann wohl mit Recht als bemerkenswert bezeichnet werden.

[...] ⁵⁵

Es ist die Geschichte meiner kursächsischen Heimat, der ich die Einsichten verdanke, die heute wieder fruchtbar werden sollen. Ich habe nach meiner Übersiedelung nach München (1950) den Heimatboden nie wieder betreten und war von vornherein entschlossen, es nicht wieder zu tun, weil ich als Historiker als meine Aufgabe erkannte, im freien Raume die Traditionen zu pflegen, die man heute in Sachsen nicht vertreten kann. Ich habe das in meinen Büchern getan. Daß ich trotz vieler Hemmnisse nicht unverstanden geblieben bin, zeigte mir unter anderem das Echo, das ich mit der „Geschichte des deutschen Kaiserreichs von 1871“ ⁵⁶ erlebte. Im Januar oder Februar 1970 wurde ich einmal ans Telefon gerufen. Der Anrufer stellte sich vor: „Hier ist der Markgraf von Meißen.“ ⁵⁷ Er erklärte mir, er habe mein Buch gelesen und wolle mich fragen, ob ich grundsätzlich eine Einladung zum Mittagessen annehmen würde. Als ich ihn dann nach dem in Betracht kommenden Termin fragte, nannte er freilich eine Zeit, in der ich nicht in München sein konnte, weil da meine Ferienreise nach Lugano angesetzt war. Da er in Wettingen in der Schweiz wohnte, bot ich ihm eine Begegnung in Zürich an, wo ich die Eisenbahnfahrt unterbrechen könnte. So verblieben wir zunächst. Die Begegnung kam dann allerdings nicht zustande, weil der Markgraf durch einen Trauerfall

⁵³ Auslassung: 6 Zeilen. Vergleich mit der Bildung der sozialliberalen Koalition.

⁵⁴ Am 16.10.1957 wurde die neue Regierungskoalition aus CSU, BHE und FDP gebildet.

⁵⁵ Auslassung: 22 Seiten. Über das eigene publizistische und wissenschaftliche Werk.

⁵⁶ Das deutsche Kaiserreich, 1871–1918. Vorgeschichte, Aufstieg, Niedergang, München 1969.

⁵⁷ Maria Emanuel Markgraf von Meißen, Prinz von Sachsen, Herzog zu Sachsen, Chef des königlichen Hauses Sachsen (geb. 1926).

in der Familie verhindert war. Wir haben uns erst zwei Jahre später persönlich gesehen, blieben aber in einer lockeren schriftlichen Verbindung.

Ich übernahm im Mai 1972 beim Jahrestreffen meiner ehemaligen Mitschüler vom Staatsgymnasium Dresden die Festrede. Diese Fahrt nach Stuttgart wurde die letzte Vortagsreise meines Lebens. Ich entschloß mich, jetzt, das heißt zwanzig Jahre nach der Auflösung des Freistaates Sachsen, über die geschichtliche Lage unsrer Heimat zu sprechen. Eine Tagung von Landsleuten schien mir der rechte Ort dafür zu sein. Das Thema hieß also „Sächsische Geschichte und Sächsische Gegenwart“. Das Auditorium wurde vergrößert durch eine beträchtliche Anzahl ehemaliger Freiburger Schüler von mir, die teilweise sogar von auswärts nach Stuttgart gekommen waren. Es mögen gegen 120 Hörer gewesen sein. In der ersten Reihe saßen die Mitglieder unseres früheren Königshauses: die beiden Enkel des letzten Königs von Sachsen, der Markgraf Maria Emanuel von Meißen und sein Bruder Prinz Albert⁵⁸ mit ihren Damen.

Die geschichtliche Darstellung beschränkte sich auf das albertinische Sachsen unter Albrecht dem Beherzten⁵⁹ und Georg dem Bärtigen, an das 1547 unter Moritz⁶⁰ die Kurwürde fiel. Das ist jenes Sachsen, das die Luthersche Reformation nicht gefördert, sondern ihr grundsätzlichen Widerstand geleistet hat, weil die Kirchenreform nicht Sache der Territorialfürsten, sondern des Reiches gewesen wäre. Die albertinische Politik des 16., 17. und 18. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch unbeirrbares Reichstreue. Ich bin der Überzeugung, daß sie damit im Recht geblieben ist. Denn die Politik des Abfalls vom Reichsgedanken hat letzten Endes in die deutschen Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt. Auf das albertinische Fürstenhaus gehen die engen Beziehungen zu Böhmen zurück. Georg der Bärtige war mütterlicherseits der Enkel des utraquistischen⁶¹ Königs Georg von Podiebrad⁶² und damit der Erbe seiner weitschauenden Politik. Kursachsen stand bereits seit dem 15. Jahrhundert in dauernden Beziehungen zum böhmischen Nachbarn. Ein Symbol dafür ist der Name der Prager Straße, die die repräsentativste der Dresdner Altstadt war. Zu diesen Beziehungen zwischen Dresden und Prag kamen seit August dem Starken⁶³ die Personalunion mit der Krone Polens und die mannigfaltigen kulturellen Verbindungen zwischen Dresden und Warschau. Das Symbol dafür ist das Reiterstandbild Augusts des Starken auf dem

⁵⁸ Albert Prinz von Sachsen (geb. 1934) Dr. phil., Historiker.

⁵⁹ Albrecht der Beherzte (1443–1500), 1464–1485 gemeinsam mit seinem Bruder Ernst Herzog von Sachsen, Begründer der albertinischen Linie.

⁶⁰ Moritz (1521–1553), 1541 Herzog von Sachsen (albertinische Linie), 1547 Kurfürst von Sachsen.

⁶¹ Utraquisten: Anhänger der gemäßigten Hussiten, die das Abendmahl in beiderlei Gestalt forderten.

⁶² Georg von Podiebrad (1420–1471), 1458–1471 König von Böhmen.

⁶³ August II. der Starke (1670–1733), 1694–1733 als Friedrich August I. Kurfürst von Sachsen, 1697–1706 und 1709–1733 König von Polen.

Neustädter Markt, das auch die Kommunisten wieder aufgestellt haben. Es gibt also ein für die europäische Geschichte bedeutsames Dreieck Warschau-Dresden-Prag, von dem ich glaube, daß es auch in der Zukunft Bedeutung erlangen könnte. Denn heute gehören Warschau, Dresden und Prag gemeinsam zum Machtbereich der Sowjetunion. Sie erlitten ein gemeinsames Schicksal und werden also eine gemeinsame Geschichte haben.

Schaut man nun einmal eine historische Landkarte an, so wird man finden, daß die Deutsche Demokratische Republik territorial eine bemerkenswerte Ähnlichkeit hat mit dem Obersächsischen Kreise des alten deutschen Reiches. Das Reich war seit Anfang des 16. Jahrhunderts bis zu seinem Ende in zehn Kreise eingeteilt, deren Stände politische Faktoren mit bestimmten Zuständigkeiten waren. Der Obersächsische Kreis umfaßte nicht nur die wettinischen Territorien, sondern auch Brandenburg und Pommern bis zur Insel Rügen. Er erstreckte sich also, wie heute die DDR, vom Erzgebirgskamm bis zur Ostseeküste. Wer das weiß, der erkennt, daß die DDR nicht bloß als ein Gebilde des Zufalls angesehen zu werden braucht, sondern daß sie auch eine Tradition annehmen könnte, die ganz anders ist als die preußische, an die Ulbricht⁶⁴ anzuknüpfen suchte.

Es gibt noch ein anderes Gebilde in der geschichtlichen Vergangenheit, an das die DDR erinnert, das freilich nicht realisiert werden konnte. Das ist der Elb/Oder-Staat, den Friedrich II. durch den Siebenjährigen Krieg zu errichten hoffte. Der preußische König, der bereits Schlesien erobert hatte, brach den Reichsfrieden und überfiel Kursachsen, um es gleichfalls zu annektieren. Er wollte seinen Staat nicht nach Osten hin erweitern, wie er es später getan hat, sondern nach Süden. Er wollte aus Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen einen geschlossenen Machtstaat bilden, der wirtschaftlich und kulturell reicher und stärker gewesen wäre, als das später nach Osten ausgedehnte Preußen. Wäre ihm das gelungen, so wäre Preußen eine Macht von anderem Charakter geworden als später im 19. Jahrhundert. Es wäre ohne seine spätere Rheinprovinz geschlossener gewesen und doch nicht so östlich, wie es trotz seiner Westprovinzen sich ausnahm. Friedrich war kein geborener Militarist; er war von seinem Vater gezwungen worden, es zu werden. Er wäre vielleicht fähig gewesen, sein altes Brandenburg dem viel reicheren Sachsen unterzuordnen. Er hätte wohl ebensogern in Dresden oder Pillnitz wie in Berlin, Potsdam und Sanssouci regiert, denn er war ein recht platter Rationalist, ohne Sinn für geschichtliche Bodenständigkeit, ganz im Gegensatz zu dem Haus der sächsischen Landesherren, das seit vielen Jahrhunderten in der Mark Meißen tief verwurzelt war. Nur seine oberflächliche Aufklärungsgesinnung konnte ihn ja überhaupt meinen lassen, daß es ihm ein Leichtes sei, ein Kurhaus des

⁶⁴ Walter Ulbricht (1893–1973), 1950 Generalsekretär, 1953–1971 Erster Sekretär der SED, 1949 stellvertretender, 1955–1960 Erster stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates, 1963–1972 Leiter des Nationalen Verteidigungsrates der DDR.

deutschen Reiches einfach auszulöschen und sich an seine Stelle zu setzen. Er konnte den Krieg, den er riskierte, gar nicht gewinnen. Daß er nicht selber daran zugrunde ging, verdankte er der Politik der russischen Zarin Katharina⁶⁵, die ihn als Schachfigur für ihre Einmischung in Deutschland vortrefflich brauchen konnte. Ein friderizianischer Elb/Oder-Staat hätte vielleicht seine Vorzüge für die künftige Entwicklung gehabt. Aber man kann eben einen soliden Staat nicht mit bloßer militärischer Gewalt schaffen. Diese Erfahrung hat später auch das Bismarck-Reich bestätigt.

Sie würde sich früher oder später auch an der DDR bestätigen, wenn diese nicht erkennen sollte, daß ihre echte, im Volkstum begründete Kontinuität nicht auf Preußen hinweist. Die ganze Bevölkerung der DDR hat ihr Schwergewicht nicht in Brandenburg und Ostberlin. Die DDR würde sich weit solider begründen können auf die ehemaligen kursächsischen Gebiete in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wenn sie dahinterkäme, daß sie ihre besten Traditionen in Kursachsen finden könnte, einschließlich der Beziehungen Sachsens zu Böhmen und Polen, dann würde sie merken, daß ihre Hauptstadt nicht an die Spree, sondern an die Elbe nach Dresden gehört. Irgendeinmal wird man ja für Berlin eine befriedigende Lösung finden müssen. Und wenn die Westmächte ihre Stellung in Westberlin nicht räumen, könnte die Lösung doch kaum anders gefunden werden als durch die Internationalisierung ganz Berlins, durch die die unnatürliche und unzweckmäßige Mauer wegfallen würde, die heute die Stadt zerteilt. Dann wäre die Zeit gekommen, wo die DDR, auch wenn sie ein sozialistischer Staat bleiben muß, der Nachfolgestaat Kursachsens werden würde. Der Schwerpunkt der Bevölkerung, wie gesagt, liegt in Kursachsen, und der landschaftliche Zentralpunkt kann auch das neue Dresden werden, das die Kommunisten aufgebaut haben, so wie es das alte kursächsische Dresden war.

Kein Mensch kann sagen, ob etwas von dem, was ich hier skizziert habe, in Erfüllung gehen kann. Meine Zuhörer in Stuttgart wurden, wie ich sogleich merkte, durch den Vortrag sehr nachdenklich gemacht und sparten nicht mit lebhaftem Beifall. Als ich aufhörte, kam der Prinz Albert zu mir und erbat sich mein Manuskript zum Abdruck in der Monatsschrift „Sächsische Heimat“.⁶⁶ Dort ist der Artikel „Sächsische Geschichte und Sächsische Gegenwart“ im August/September-Heft 1972 unverändert erschienen. Mit dem Markgrafen hatte ich ein längeres Gespräch. Wir blieben dann weiter miteinander in Korrespondenz.

[...]⁶⁷

Ich bin nach dem Stuttgarter Vortrag in die Bundeslandsmannschaft Sachsen in der Bundesrepublik eingetreten, weil sich diese Vereinigung grundsätzlich aller revanchistischen Bestrebungen enthält. Andererseits glaube ich, daß die

⁶⁵ Katharina die Große (1729–1796), 1762–1796 Zarin von Rußland.

⁶⁶ Sächsische Heimat, Heft 8/9 (1972), S. 268–278.

⁶⁷ Auslassung: 1 Seite. Über die Politik Willy Brandts.

Tradition der kursächsischen Landesgeschichte lebendig gehalten werden sollte, weil sie noch segensreich werden kann in der Deutschlandpolitik der Zukunft. Zu dieser Tradition gehört auch die Pflege eines guten Verhältnisses zu unserm früheren Königshaus, auch wenn an eine Wiederherstellung monarchischer Staatsformen in Deutschland nicht gedacht werden kann. Unser altes Reich war eine Ständerepublik mit dem Wahlkaiser als repräsentatives Oberhaupt. Der Reichsstand Meißen und später Kursachsen ist achthundert Jahre lang von unsern wettinischen Landesherren vertreten worden. Das ist kein Pappenstiel und hat nicht viele seinesgleichen. Die Verehrung für den legitimen Landesherrn ist keine politisch reaktionäre Regung, sondern ein Element der guten Tradition der Landesgeschichte. Geschichtlich bleibt der Markgraf von Meißen, solange es einen geben wird, der legitime Landesherr. Die Weihe von achthundert Jahren Geschichte kann ihm nicht genommen werden.

Was ich persönlich der kursächsischen Geschichte verdanke, scheint mir in dieser Darstellung meiner Lebens- und Bildungsgeschichte gesagt zu sein. So kann ich mit einem Blick auf Kursachsen diese Darstellung, wie ich sie angefangen habe, auch abschließen.